



Basels starke Alternative

Basta!  
Postfach  
4005 Basel

Tel/Fax 061 691 16 31  
[www. basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch)

Medienmitteilung

### **Basta! beschliesst Stimmfreigabe zur neuen Verfassung**

Basta! hat an der gestrigen Mitgliederversammlung nach einer intensiv und kontrovers geführten Diskussion über die neue Verfassung Stimmfreigabe beschlossen. Eine erste Abstimmung ergab eine äusserst knappe Mehrheit für die Ja-Parole bei etlichen Enthaltungen, worauf der Antrag auf Stimmfreigabe deutlich angenommen wurde. Die Mitgliederversammlung war sich weitgehend einig, welche Neuerungen in der Verfassung positiv und welche negativ zu bewerten sind. Den Ausschlag für ein Ja oder ein Nein gab die Gewichtung der unterschiedlichen Aspekte. Der Grundrechtskatalog bringt eine deutliche Verbesserung gegenüber der bestehenden Verfassung. Insbesondere das einklagbare Grundrecht auf familienexterne Tagesbetreuung von Kindern und das Grundrecht, das Menschen mit einer Behinderung den Zugang zu öffentlichen Bauten, Einrichtungen und Dienstleistungen garantiert, gehen über die in der Bundesverfassung festgeschriebenen Grundrechte hinaus. Positiv bewertet wurden auch die Definition der Staatsaufgaben, die Senkung der notwendigen Unterschriftenzahl für Initiativen, die Verankerung der Ombudsstelle und die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips in der Verwaltung. Auf der Negativseite zu verbuchen sind insbesondere die Festschreibung der Schuldenbremse auf Verfassungsebene und die Verkleinerung des Grossen Rats von heute 130 auf 100 Mitglieder, was unseres Erachtens nicht zu mehr Effizienz, sondern zu Demokratieabbau führt. Auch wurde die (nicht von allen Anwesenden geteilte) Befürchtung geäussert, dass mit dem Wegfall des Subventionsverbots für Privatschulen ein erster Schritt in Richtung Privatisierung des Bildungswesens gemacht werde. Das neu vorgesehene Regierungspräsidium hingegen, das in der Öffentlichkeit so hohe Wellen warf, spielte für unsere Entscheidungsfindung keine Rolle.

In der Diskussion wurde deutlich, dass dem Verfassungsrat mit der neuen Verfassung kein grosser Wurf gelungen ist. Die Chance, ein Stimm- und Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten einzuführen, wurde ebenso vertan wie die Chance, den alten Zopf „Bürgergemeinderat“ zu beseitigen und durch einen Einwohnerrat zu ersetzen. Da vor diesem Hintergrund kein eindeutiges Resultat für oder wider die neue Verfassung zustande kam, entschied sich die Mitgliederversammlung für Stimmfreigabe.